

Ein kleines Wörtchen könnte viel kosten

An der Bremgarter Gmeind geht es darum, ob der Bahnhof zur öV-Drehscheibe wird. Daneben bietet sie ein skurriles Traktandum.

Andrea Lim

«Das erschüttert mein Verständnis von Demokratie», sagt Stadtammann Raymond Tellenbach kopfschüttelnd. Er redet von einem Beamtenirrsinn, der Bremgarten 200'000 Franken kosten könnte. Und jede Menge zusätzliche Arbeitsstunden. Es geht um ein einziges Wort: «wesentlich» oder eben nicht. Doch von vorne.

Vor einem Jahr, an der ausserordentlichen Gmeind im Oktober 2024, haben die Bremgartnerinnen und Bremgartner die Gesamtrevision der allgemeinen Nutzungsplanung mit drei Abänderungsanträgen gutgeheissen. Bei diesen Anträgen ging es zweimal um ein Gebäude, das aus dem Schutz entlassen werden soll. Und einmal um erlaubte Dachdurchbrüche.

Kurz erklärt: In Bremgarten gilt noch die alte Regel, dass Dachdurchbrüche wie Dachflächenfenster, Dachterrassen oder Lukarnen nur einen Drittel der Fassadenlänge ausmachen dürfen. In der kantonalen Bauverordnung wurde dies auf zwei Drittel ausgeweitet. Der Änderungsantrag wollte die veraltete Bremgarter Regelung an die kantonale anpassen.

Die Versammlung hiess alle drei Anträge grossmehrheitlich gut. Davor hatte der Stadtammann darauf hingewiesen, dass lediglich unwesentliche Änderungen von der Gmeind vorgenommen werden dürften. Er machte ein Beispiel: «Soll ein einzelner Baum aus dem Schutz entlassen werden, ist das unwesentlich. Ist es eine ganze Allee, dann ist es wesentlich.»

Stadtrat schickt gepfefferten Brief nach Aarau

Der Stadtrat war überzeugt, dass die drei Anträge unwesentliche Änderungen in der Nutzungsplanung darstellen. «Vor allem, weil einer ja nur die bestehenden Grundlagen an die neuen des Kantons anpasst», hält Tellenbach fest. Unterdessen – genauer am 24. September – erhielt der



Bremgarten vor der Budget-Gmeind: Stefan Walder (Leiter Bau), Stadtammann Raymond Tellenbach und Mirjam Zedi (Leiterin Finanzen, von links) erklären die Zahlen und was dahintersteckt. Bild: Andrea Lim

Stadtrat Postaus Aarau. «Gemäss Einschätzung der Abteilung Raumentwicklung des Departements Bau, Verkehr und Umwelt handelt es sich bei diesen Änderungen nicht um unwesentliche Änderungen», heisst es in der Einladung zur Gemeindeversammlung.

Jetzt wird die Abteilung Raumentwicklung ihre Empfehlung an den Regierungsrat abgeben. Ist dieser ebenfalls der Meinung, die Änderungen seien «wesentlich», müsse das gesamte Verfahren wiederholt werden. «Wir müssten erneut ein Mitwirkungsverfahren, eine Vorprüfung und eine Aktenauflage samt Einsprachefrist durchführen und die drei Punkte am Ende wieder vor die Gmeind bringen», erklärt Tel-

lenbach. Der Rest der überarbeiteten Nutzungsplanung ist davon übrigens nicht betroffen.

«So ein Unsinn!», sagt auch Stefan Walder, Leiter Bau in Bremgarten. «Darum haben wir einen gepfefferten Brief an den Gesamtingesamterrat geschickt in der Hoffnung, dass der unser Unverständnis einseht.» Vorsorglich beantragt der Stadtrat an der Gmeind nun 200'000 Franken, die ein erneutes Verfahren kosten würde.

Mehrere Bauherrschaften müssen warten

Aber was steht denn nun im Baugesetz? Ganz genau lautet Paragraph 25, Absatz 3: «Der Gemeinderat beschliesst unwesentliche Änderungen der allgemeinen

Nutzungspläne wie namentlich Berichtigungen auf Grund von amtlichen Vermessungen und andere Korrekturen offenkundiger Versehen sowie Änderungen planerisch unzweckmässig verlaufender Zonengrenzen.»

Tellenbach sagt: «Bei den beiden Häusern wäre es ja nicht so schlimm, wenn das nicht sofort klappen würde. Aber wir hoffen, dass zumindest die Angleichung des Baurechts ans kantonale akzeptiert wird. Denn es gibt mehrere Bauherrschaften in der Stadt, die darauf warten und deswegen jetzt nicht bauen können.»

Teure aber zukunftsweisende Projekte

Abgesehen von diesem skurrilen Traktandum hat die Einwohner-

gemeindeversammlung vom 27. November grosse, zukunftsweisende Themen zu bieten. Allen voran die ÖV-Drehscheibe. Diese besteht aus zwei untrennbar verknüpften Teilprojekten: der Sanierung und Neugestaltung der Zürcherstrasse für 4,135 Millionen Franken sowie dem Neubau Bushof beim Bahnhof für 9,87 Millionen. Sie wurden bereits mehrfach vorgestellt und sind «die Grundlage für eine moderne Verkehrsdrehscheibe», so Tellenbach.

Zudem muss einer weiteren Teiländerung der Nutzungsplanung zugestimmt werden, damit südwestlich von Bremgarten nahe Hermetschwil-Staffeln im Gebiet Rauestei Kies abgebaut und der Humus für die kommenden

Auch Ortsbürger haben viel zu besprechen

Die Ortsbürger Bremgarten haben ein «spannendes Portfolio», wie es Stefan Walder, Leiter Bau, ausdrückt. Das zeigt sich an ihrer Gmeind vom 18. November. Sie brauchen 25'000 Franken mehr für den Stadtbergerwein vom eigenen Rebberg. Letztes Jahr fiel die Ernte komplett aus, dieses Jahr gab es dafür 11 Tonnen Trauben. Das Häuschen bei der eigenen Fischzucht möchten sie an die Kanalisation anschliessen, damit es mit einem WC ausgestattet werden kann. In der Fohlenweide, die ebenfalls den Ortsbürgern gehört, braucht es ein Longierzelt. Und in Künten, das zur Bremgarter Fischzucht zählt, zahlen die Ortsbürger 50'000 Franken an ein Vorprojekt zur Renaturierung und Schadstoffentsorgung an der Reuss. Ausserdem müssen der dritte und vierte Stock des Rathauses umgebaut werden, damit die Abteilungen wieder angemessene Arbeitsräume erhalten. Und es müssen Stützmauern saniert werden, die den Auflagen der Denkmalpflege unterliegen. (lima)

Jahrzehnte im Gebiet Höhi gelagert werden kann. Weitere 202'200 Franken kostet ein Vorprojekt der Abwasserreinigungsanlage (ARA) Bremgarten-Mutschellen. Es soll geprüft werden, ob die Kläranlage Kelleramt durch einen Neubau in die ARA Bremgarten integriert werden kann. Denn die ARA Kelleramt hat keine Vergrösserungsmöglichkeiten, jene in Bremgarten schon.

Zum Schluss soll das Budget mit einem gleichbleibenden Steuerfuss von 104 Prozent abgesegnet werden. Es wird mit einem «vertretbaren» Minus von 304'600 Franken gerechnet. 2027 ist aufgrund der Investitionen dann mit einer Steuererhöhung auf 110 Prozent zu rechnen, 2028 mit einer weiteren auf 115 Prozent.

Enttäuschung über Nein zur Rettung der Geburtenabteilung

Vier Freiamter Grossratsmitglieder wollten die Pläne des Spitals Muri abwenden. Doch das Kantonsparlament versenkte den Vorstoss.

Nathalie Wolgensinger

«Am Dienstag mussten wir im Grossen Rat konstatieren, dass wir mit unserem Anliegen alleine bleiben», schreibt Mittengrossrat Harry Lütolf in seiner Stellungnahme, die er im Namen aller Motionäre verfasste. Die Enttäuschung über den Entscheid des Grossen Rates ist gross bei Lütolf und seinen Mitstreiterinnen. Gemeinsam mit Franziska Stenico-Goldschmid, Rita Brem-Ingold (alle Mitte) und Stefan Dietrich (SP) reichten sie im April - nachdem das Spital Muri bekannt gegeben hatte, dass es seine Geburtsabteilung schliessen wird - eine Motion im Grossrat ein. In dieser forderten sie, dass die Ge-



Die Freiamter Grossräte forderten mittels Motion die Beibehaltung der Geburtsabteilung des Spitals Muri (v.l.): Franziska Stenico-Goldschmid (Mitte), Harry Lütolf (Mitte), Rita Brem (Mitte) und Stefan Dietrich (SP). Bild: zvg

burtshilfe zur medizinischen Grundversorgung gehören soll.

Dies hätte eine Änderung des Leistungsauftrags der Grundversorgung (Basispaket) zu Folge gehabt. Künftig hätte dieser nur noch gemeinsam mit der Geburtshilfe vergeben werden können. In seiner emotionalen Rede am Dienstag warf Lütolf dem Regierungsrat und Gesundheitsdirektor Jean-Pierre Gallati Befangenheit vor, weil dieser dem Spital Muri bereits zur Schliessung der Geburtsabteilung gratuliert habe. Personen aus dem Speckgürtel des Aargaus mit guter Versorgung hätten kein Verständnis für die Probleme der Regionen. Die Motion wurde mit 113 Nein- zu 9 Ja-Stimmen abgelehnt. Lüt-

olfs Fazit fällt ernüchternd aus: «Wir haben gemacht, was wir konnten, um drohenden Schaden für werdende Mütter und Ungeborene in unserer Region abzuwenden.»

Soll eine Volksinitiative lanciert werden?

Der Wohler Grossrat gehe davon aus, dass sich die Situation in den verbleibenden Regionalspitalern Leuggern und Rheinfelden in den kommenden Monaten und Jahren verschlechtern werde. Er rechnet sogar damit, dass auch dort die Geburtsabteilungen geschlossen werden könnten. Lütolf prognostiziert: «Erst dann werden den schlafenden oder ignoranten Politikerinnen und Poli-

kern im Kanton die Augen aufgehen.»

Vorerst überbiete man sich mit Steuersenkungen und entziehe dem Staat die benötigten Mittel, wirft er ihnen vor. «Erst wenn das Volk sieht, was dadurch auch an medizinischen Angeboten nicht mehr erbracht werden kann, wird sich wieder etwas bewegen», sagt der Wohler Grossrat voraus. Er und die Mitunterzeichnenden der Motion könnten sich dann vorstellen, die Aargauerinnen und Aargauer zur medizinischen Grundversorgung, einschliesslich der Geburtshilfe, direkt zu befragen. Dies könnte, wie dies in Luzern bereits der Fall war, mittels einer Volksinitiative geschehen.